

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredaktion:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 pbbn d

Inhalt

Herbert Brückner zu Blüms
„Reformen“ im Gesundheits-
wesen: Skandalös, unsolida-
risch und unvernünftig.
Seite 1

Dr. Hans-Joachim Sæler
MdEP zur Schuldenkrise der
Dritten Welt: Deutsche Ar-
beitsplätze gefährdet.
Seite 3

Dr. Hans de With MdB zum
Koalitions-„Spiel“ um die Ver-
schärfung der Sicherheitsge-
setze: Auf der Welle der Emo-
tion.
Seite 4

Dr. Alfred Emmerlich MdB
zu Erwägungen, Schiffe der
Bundesmarine in die Krisen-
region zu entsenden: Ein Ein-
greifen im Golf-Krieg wäre
grundgesetzwidrig.
Seite 5

Alwin Brück MdB zur deut-
schen Fleischverordnung: Es
geht um die Wurst in Europa...
Seite 6

42. Jahrgang / 232

4. Dezember 1987

Norbert Blüms schwächstes Stück

Skandalöse „Reformen“ im Gesundheitswesen durch die Bonner
Koalition

Von Herbert Brückner
Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten
im Gesundheitswesen

Skandalös, unsolidarisch und unvernünftig, so muß man das Mach-
werk des Bundesarbeitsministers Norbert Blüm bezeichnen, mit dem
die Koalitionsregierung das Gesundheitswesen „reformieren“ will.
Auch hier zeigt sich Norbert Blüms Eigenart: Gute Sprüche, aber
kein Konzept! Die Überschriften des Koalitionspapiers klingen gut -
zum Beispiel „Solidarität neu bestimmen“ oder „Reformkonzept“,
aber die Bestimmungen im Inhalt sind nichts anderes, als der direkte
Griff in die Brieftaschen der Versicherten oder Kostenverschie-
bung in andere Bereiche.

Statt Solidarität will die CDU/FDP-Regierung bei Millionen Ver-
sicherten Milliarden abkassieren. Bei den Arzneimitteln, beim Zahn-
arzt, bei den Brillen, bei den Heilmitteln, bei den Fahrtkosten und
sonstwo wird überall der/die Bürger/in zur Kasse gebeten. Auch dies
ist eine subtile Form der Ausbeutung! Im übrigen ist es reine Arbeit-
geberpolitik, weil dem Gesetz nach für alle Leistungen der Kranken-
kassenbeitrag gezahlt wird und nun einseitig Verlagerungen auf
die Versicherten erfolgen.

Ein Beispiel: Patienten, die unter einer Allergie leiden - und das
sind zur Zeit mehr als zwei Millionen Menschen in der Republik
- müssen umfangreich mit Medikamenten behandelt werden. Diese
Frauen und Männer müssen nun in Zukunft neben ihrem Leiden
auch noch die Behandlung neben dem Krankenkassenbeitrag weit-
gehend selbst bezahlen! Ungerechter kann man es nicht machen.
Die neuen Belastungen treffen wieder einmal die Mehrheit der Be-
völkerung, die eh schon durch diese Bundesregierung ständig be-
nachteiligt wird. Dies gilt ganz besonders im Gesundheitswesen,
wo die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die sogenannte

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Erhältlich in
alleinvertriebenen Buchhandlungen
und in den Buchhandlungen
des Verlags



Steuerreform bei den Nacht- und Feiertagsarbeiten zusätzlich belastet werden, und wo die Städte und Gemeinden als Träger von Krankenhäusern dadurch, daß sie durch die falsche Finanzpolitik und die mangelhafte Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung so ausgeblutet sind, daß sie die Krankenhäuser nicht mehr finanziell unterstützen können. Und das alles unter der Überschrift: Solidarität neu bestimmen!"

„Strukturreform“ nennt Herr Blüm ein Vorhaben, bei dem keine der wesentlichen Strukturängel im Gesundheitswesen beseitigt werden:

- Im Arzneimittelbereich werden weiterhin Milliarden verschleudert.
- Arzthonorare und Abrechnungspraktiken bleiben bestehen und jährlich kommen Tausende von Ärzten hinzu.
- Mangelhafte Zusammenarbeit zwischen ambulanter Versorgung und Krankenhaus bleiben kostentreibend bestehen.
- Ungleichheiten mit Nachteilen für verschiedene Versichertengruppen in der Krankenkassenstruktur werden nicht geändert.

Diese politische Wende nach rückwärts von Norbert Blüm soll offensichtlich das Ende der Solidargemeinschaft einleiten. Mit öffentlichem Protest oder mit dem Kreuz am Wahltag muß dem reaktionären Treiben dieser Regierung endlich Einhalt geboten werden. Amerikanische oder englische Verhältnisse einer neuen Klassengesellschaft - den Vielen, die wenig haben, wird noch mehr genommen; damit die Wenigen, die viel haben, noch mehr bekommen - werden nun auch auf dem ureigensten Gebiet der solidarischen Verpflichtung im Sozial- und Gesundheitswesen um sich greifen.

Dabei muß man wissen, daß für eine wirkliche Strukturreform im Gesundheitswesen genügend Vorschläge auf dem Tisch liegen, durch die alle Beteiligten gezwungen werden können, einen Solidarbeitrag zu leisten und die Kosten zu mindern. Notwendig sind nämlich: Die Verbesserung der Ausbildung der Ärzte, die Veränderung der Strukturen im Leistungsbereich, eine Veränderung im Vergütungsprinzip und einschneidende Maßnahmen im Bereich der Arzneimittel. Entweder mangelt es dieser Regierung an sozialer Einsicht, an gutem Willen, am politischen Mut zur Reform oder aber sie handelt mit Absicht noch reaktionärer, als es in den Programmen angekündigt wurde.

(-/4.12.1987/vo-he/rs)

* * *

Warnungen der 3. Welt ernst nehmen

Weltschuldenkrise gefährdet deutsche Arbeitsplätze

Von Dr. Hans-Joachim Seeler MdEP

Die westlichen Industrieländer sollten die Warnungen der Staaten der Dritten Welt bezüglich der Welt-schuldenkrise ernst nehmen.

Anlaß zu dieser Feststellung haben der äthiopische Staatschef Mengistu Haile Mariam und der Aus-gang des Treffens der Präsidenten der acht bedeutendsten Länder Lateinamerikas gegeben. Während Mengistu die Gläubigerländer anklagte, an der Schuldenkrise Mitverantwortung zu tragen, drohte die „Gruppe der Acht“ mit weiteren „einseitigen Maßnahmen“.

Dazu ist festzustellen: Die Kredite wurden von den Gläubigerländern und -banken tatsächlich sehr oft zu leichtfertig angeboten. Deshalb tragen die westlichen Industriestaaten auch eine Mitverantwortung an der Schuldenkrise.

Deren wahres Ausmaß ist bislang noch nicht erkannt. Durch ständig wachsenden Schuldendienst in den Entwicklungsländern werden jedoch immer größere Anteile der Exporterlöse gebunden, die drin-gend zur Finanzierung wichtiger Importe aus den Industrieländern zur Verfügung stehen sollten. Auf diese Weise geht der Export der Industrieländer immer mehr zurück. Das ist ein Teufelskreis. Die Schuldenkrise macht den Welthandel kaputt.

Dies ist nicht zuletzt ein wichtiger Grund für die zu hohe Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik. Denn wir können unsere Produkte nur verkaufen, wie etwa den Airbus, Maschinen, Automobile und so weiter, wann unsere Partner diese Dinge mit den Erlösen ihrer Exporte bei uns bezahlen können.

Dies bedeutet aber, daß auch zum Beispiel die Europäische Gemeinschaft ihren Markt stärker für Produkte der Dritten Welt öffnen muß. Da diese Länder hauptsächlich Agrarprodukte exportieren, muß in der EG vor allem mit der derzeitigen Agrarpolitik Schluß gemacht werden.

Ein erster Schritt zur Lösung der Schuldenkrise wäre meiner Ansicht nach die Schaffung von Ent-wicklungsfonds in den Dritte-Welt-Ländern. Der Schuldendienst muß der Leistungsfähigkeit entspre-chen und demzufolge auf einen bestimmten Prozentsatz der Exporterlöse bleiben. Im übrigen muß erreicht werden, daß die Forderungen, die auf diese Weise nicht bedient werden können, eingefroren und in nationaler Währung bedient werden. Sie bleiben also im Lande und dienen dort der Ent-wicklung und der Stärkung der Wirtschaft und damit auch der Exportkraft.

(-/4.12.1987/vo-he/rs)

* * *

Auf der Welle der Emotion

Zum neuesten Stand im Spiel um die Verschärfung der Sicherheitsgesetze innerhalb der Koalition

Von Dr. Hans de With MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages

Die zeitliche Distanz zu den Vorfällen an der Startbahn West wächst. Gleichwohl ist der Tod der beiden Polizeibeamten durch Schüsse aus einer gewalttätigen Menge heraus noch immer frisch im Gedächtnis, und er wird es auch bleiben. Zu brutal und einmalig war der Überfall auf die ahnungslosen Polizeibeamten.

Die Union hat dieses Geschehen zum Anlaß genommen, erneut die Verschärfung des Demonstrationsstrafrechts und die Einführung einer Reihe weiterer Strafbestimmungen zu fordern, die sie bisher nicht durchsetzen konnte. Der Forderungskatalog reicht von der Strafbewehrung des Vermummungsverbotes bis zur Einführung einer Kronzeugen-Regelung. Das macht deutlich, daß die Union glaubt, die noch immer hochschwappende Welle der Emotion in jeder Hinsicht auszunutzen.

Die FDP-Führung hatte ohne Umschweife nachgegeben. Nach dem ersten Grummeln aus den Landesverbänden der FDP hat Bangemann einen Parteitag zum 12. Dezember einberufen, zugleich aber erklärt, ein imperatives Mandat kenne die FDP nicht.

Als die Union den Regierungsentwurf durch eine Kabinettsitzung am 2. Dezember 1987 verabschieden wollte, verkündete der Vorsitzende der Liberalen, die FDP-Minister könnten nur eine „Absichts-Erklärung“ abgeben, ließ sich aber auf einen zweiten Kabinettsstermin, den zur Verabschiedung jener Entwürfe, zum 16. Dezember ein, also einem Termin nach dem FDP-Parteitag. In einer Pressekonferenz kurz nach der Kabinettsitzung über die Absichtserklärung stellte der FDP-Vorsitzende fest, nur wenn der Kanzler verspreche, daß er in dieser Legislaturperiode nicht mehr die Verabschiedung des alten, bis 1970 geltenden Landfriedensbruch-Paragrafen fordere, könne er der Strafbewehrung des Vermummungsverbotes zustimmen. Kohl erklärte einen Tag später, daß die getroffenen Vereinbarungen „eingehalten würden“. Sterndeuter aus Regierungskreisen legten das als die von Bangemann geforderte Zustimmung aus. Aus „führenden Unions-Kreisen“ hört man, eine solche Zusage könne gar nicht gegeben werden. Andere sprechen gar von „Spielmaterial“, um „Hitzköpfe“ aus der FDP zu beruhigen.

Die Strafbewehrung des Vermummungsverbotes, ursprünglich von der Union und Teilen der FDP-Führung als ungedingt nötig - weil sachlich erforderlich - gefordert ist, zum bloßen Verhandlungsobjekt geworden. Bangemann inszeniert ein Spiel, um die Parteitags-Delegierten zu besänftigen. Der Kanzler spielt mit. Die Union aber sagt offen, daß das alles nur ein Spiel sei. Es bleibt abzuwarten, ob die Parteitagsdelegierten der FDP, die schon einmal ein „Nein“ gesagt haben, mit sich spielen lassen.

(-/4.12.1987/va-he/rs)

* * *



Ein Eingreifen im Golf-Krieg wäre grundgesetzwidrig

Zu Erwägungen, Schiffe der Bundesmarine in die Krisenregion zu entsenden

Von Dr. Alfred Emmerlich MdB

Die Entsendung von Kriegsschiffen der Bundesrepublik Deutschland in den Persischen Golf ist nach dem Grundgesetz nicht zulässig.

Nach Artikel 87 a Absatz 2 GG darf die Bundeswehr nur zur Verteidigung eingesetzt werden, es sei denn das Grundgesetz läßt eine Ausnahme ausdrücklich zu. Nach Artikel 115 a Absatz 1 GG ist der Verteidigungsfall dann gegeben, wenn das Bundesgebiet mit Waffengewalt angegriffen wird oder ein solcher Angriff unmittelbar droht. Nach Artikel 24 Absatz 2 kann sich der Bund zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger kollektiver Sicherheit einordnen. In diesem Zusammenhang kann unterstellt werden, daß der Nato-Vertrag ein derartiges System kollektiver Sicherheit begründet und infolgedessen der Einsatz der Bundeswehr zur Verteidigung des Nato-Gebietes zulässig ist.

Der Persische Golf gehört unstreitig nicht zum Nato-Gebiet. Wann liegt ein „Einsatz der Bundeswehr“ im Sinne des Artikel 87 a Absatz 2 GG vor? Nicht zum Beispiel bei Katastrophenhilfen, auch nicht bei Flottenbesuchen, bei repräsentativen Aufgaben und bei good-will-Aktionen. Zweifelsfrei aber stets dann, wenn militärische Gewalt angewendet werden soll oder der Auftrag die Anwendung militärischer Gewalt einschließt. Aber auch schon dann, wenn mit den Streitkräften in militärische Konflikte eingegriffen wird. Der Einsatz von Kriegsschiffen der Bundesmarine zum Schutz der Seewege im Persischen Golf ist ein Eingriff in den irakisch-iranischen Krieg und die damit zusammenhängenden militärischen Konflikte und Aktionen.

Wenn die Anwendung militärischer Gewalt nach Artikel 87 a GG nur zu Verteidigungszwecken erfolgen darf und das Vorliegen des Verteidigungsfalles nach Artikel 115 a GG in einem besonderen förmlichen Verfahren durch Bundestag und Bundesrat festgestellt werden muß, dann folgt daraus ferner, daß der Einsatz der Bundeswehr nicht ohne oder vor Feststellung des Verteidigungsfalles zulässig ist.

Der politische Sinn des Artikel 87 a GG liegt darin, den Einsatz der Bundeswehr auf die Verteidigung zu beschränken und ihn für imperiale und alle anderen Zwecke auszuschließen. Der Sinn des Artikel 155 a GG ist darin zu sehen, die Anwendung militärischer Gewalt davon abhängig zu machen, daß das Parlament mit einer Zweidrittelmehrheit zustimmt.

Wer will, daß die Bundeswehr zu anderen Zwecken als dem der Selbstverteidigung eingesetzt werden kann und schon dann, wenn das Vorliegen des Verteidigungsfalles nicht förmlich festgestellt ist, muß das Grundgesetz ändern. Durch eine solche Gesetzesänderung, aber erst recht durch eine Änderung der Verfassungswirklichkeit am Grundgesetz vorbei, würde die Friedensstaatlichkeit infragegestellt und unsere Verfassungsordnung fundamental verändert. (-/4.12.1987/va-ha/rs)

* * *



Es geht um die Wurst in Europa...

Glossierende Anmerkungen zur deutschen Fleischverordnung

Von Alwin Brück MdB

In Europa geht es eigentlich immer „um die Wurst“. Aber jetzt geht es richtig um die Wurst, um unsere gute deutsche Wurst. Die Bundesregierung ist wieder einmal von der EG-Kommission verklagt worden. Diesmal weil Wurstwaren aus Frankreich und Belgien an den deutschen Grenzen wegen der deutschen Fleischverordnung zurückgewiesen worden sind, da in ihnen auch pflanzliche Produkte enthalten waren.

Nun will ich gleich gestehen: Am liebsten esse ich richtige fette Wurst: Hausmacher Leberwurst, Hausmacher Blutwurst, Hausmacher Schwarzmagen. Obwohl mir meine Frau immer wieder sagt, daß ich damit meiner Gesundheit schade, weil darin so viel Cholesterin sei. Aber mir schmeckt sie nun einmal. Zum Ausgleich esse ich deshalb ja auch Margarine - wegen der ungesättigten Fettsäuren.

Ich sage das so vorab, weil ich nicht in den Verdacht geraten will, Gegner der deutschen Wurst zu sein. Dies muß ich deshalb betonen, weil der deutsche Bauernverband zur Reinhaltung der deutschen Wurst eine große Kampagne gestartet hat. Und ich habe mir sagen lassen, daß er viel Unterstützung erhalten hat, vor allem bei den Metzgern und auch bei Verbrauchern.

Als junger Redakteur hatte ich in meinem Büro einen Ratschlag von Erich Kästner an der Wand hängen, der da lautete: „Beleidige die Metzger nicht, beleidige die Bäcker nicht, du kriegst es mit der Innung zu tun.“ Und ich fürchte, ich werde es mit den Innungen zu tun bekommen, wenn ich schlicht bekenne, daß ich auch Wurst essen werde, in der pflanzliche Produkte enthalten sind. Wahrscheinlich habe ich es auch schon getan. Mir hat die Wurst in Frankreich immer geschmeckt. Ob da pflanzliche Produkte enthalten sind, ist mir noch nicht aufgefallen.

Pflanzliche Zusätze in der Wurst sind wohl nicht schädlicher als das, was alles in der deutschen Wurst sein darf. Nämlich: Nitrit, Kaliumnitrit, Natrium- und Kalium-L-Ascorbat, Gluconsäure-Delta-Lacton, 13 verschiedene Acetate, Lactate, Tartrate, Citrate, Phosphate, Mono- und Diglyceride und deren Ester, künstliche Zitronenersatzstoffe, Glycerin und Sorbit, Glyoxal sowie „wässrige Kondensate“, die durch Verschmelzen von Sägespänen unter Luftzutritt und durch Verdichtung des Kondensationsproduktes gewonnen sind, Cellulose, Aluminium-Ammonium-Sulfat, Kaliumsorbat, Talcum, Trägent, Gummi Arabicum, Flutaminsäure, Natrium- und Kalium-Glutamat und noch etliches mehr.

Darauf hat übrigens jetzt mein Freund Klaus Wettig aufmerksam gemacht; SPD-Abgeordneter im Europäischen Parlament und agrarpolitischer Sprecher der Deutschen Gruppe in der Sozialistischen Fraktion.

Ich verstehe die Interessen des deutschen Bauernverbandes, aber ich bitte auch um Verständnis dafür, daß ich die Frage, welche Wurst ich denn essen werde, schlicht danach entscheide, ob sie mir schmeckt oder nicht. Es sei denn, die Wurst, die mir schmeckt, enthielte gefährliche Stoffe. Aber sind rein pflanzliche Zusätze gefährlich?

Ich bestehe also auf meinem Recht, Wurst nach meinem Geschmack zu beurteilen. Dieses Recht ist mir zwar nicht ausdrücklich durch das Grundgesetz garantiert, aber schließlich sagt das Grundgesetz, daß jeder das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit hat. Und wenn ich daran denke, was das Bundesverfassungsgericht schon alles aus dem Grundgesetz gelesen hat, dann kann ich mir vorstellen, daß dazu auch das Recht gehört, die Wurst auszuwählen, die man haben will. Und falls die Bundesregierung die Absicht haben sollte, so uneuropäische zu sein, die Einfuhr von Wurst aus anderen Ländern der EG weiterhin zu unterbinden, weil darin auch pflanzliche Stoffe enthalten sind, dann müßte ich - wie das seit den frühen siebziger Jahren bei Politikern so Sitte geworden ist -, wohl den Weg nach Karlsruhe antreten...
(-/4.12.1987/vo-he/rs)

* * *

